

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Pressemitteilung

Parteispenden der Automobilkonzerne müssen zurückgezahlt werden

Dieselskandal und Kartellvorwürfe: Die deutschen Autohersteller sind auf dem besten Weg, jedes Vertrauen der Kund/innen zu verspielen. Der gestrige Dieseltreffen hat in keiner Weise dazu beigetragen, etwas daran zu ändern. Schlimmer noch: Es wurde deutlich, dass auch die Politik als Kontrollorgan der Industrie versagt hat.

In einer [Petition](#) fordert die junge Partei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB) nun CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf, Spenden der Autokonzerne zurückzuzahlen und keine weiteren anzunehmen.

Über 4500 Menschen haben [die Petition](#) bereits unterzeichnet.

Dazu erklärt Alexander Plitsch, Bundesvorsitzender von DiB:

“Der aktuelle Skandal unterstreicht unsere Forderung, dass Parteien grundsätzlich keine Spenden von Unternehmen annehmen sollten. Jeglicher Verdacht der Einflussnahme belastet die Demokratie und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen. Um eine objektive Aufarbeitung des Dieselskandals und der Kartellvorwürfe zu ermöglichen, fordern wir die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien auf: Zahlen Sie die Spenden der Autokonzerne zurück und nehmen Sie keine weiteren an!”

Im Vorfeld der Bundestagswahl fließen besonders viele Spenden der Automobilkonzerne an die Parteien. Und es geht noch intransparenter: Die Parteien lassen sich von Unternehmen über Sponsoring-Verträge weitere Summen zuschustern, über die sie gar nicht einzeln Rechenschaft ablegen müssen.

Alexander Plitsch: “Mit Blick auf die Sponsorenliste eines CDU-Parteitags ahnt man, welche Beträge da zusätzlich zusammenkommen. Im Saal wird über die Umweltpolitik entschieden, während im Foyer Audi, BMW und VW Gummibärchen und Gesetzesentwürfe verteilen. In der TV-Übertragung eines

solchen Parteitags müsste eigentlich der Hinweis 'Dauerwerbesendung' eingeblendet werden."

Über DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB) ist eine junge Partei, die im April 2017 in Berlin gegründet wurde und bei der Bundestagswahl im September zum ersten Mal auf dem Wahlzettel steht. Die Mitglieder der Partei eint die Überzeugung, dass Politik transparenter und partizipativer gemacht werden muss, damit möglichst viele Menschen mitdenken, mitgestalten und mitentscheiden. Nicht nur alle paar Jahre an der Urne, sondern jeden Tag. Nur so können die großen Umbrüche der Gesellschaft – vom Klimawandel, über globale Migrations- und Fluchtbewegungen bis hin zur Digitalisierung – zukunfts- und gemeinwohlorientiert gestaltet werden.

Pressekontakt:

Lea Brunn
DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

presse@bewegung.jetzt

Tel. 0157.84190193